### **CETA/TTIP**

#### Gefahr für die Demokratie in der EU?

Regionalgruppe Berlin 28. April 2015 Helena Peltonen



#### **TTIP – Transatlantic Trade and Investment Partnership**

- Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA
- völkerrechtliches Abkommen, bindend für die Vertragsparteien
- Wird seit Juni 2013 verhandelt
- Vorläufer ("Blaupause"): CETA Comprehensive Economic Trade
   Agreement mit Kanada, im Sept 2014 parafiert
- Ziel: Ausweitung von Handel und Investitionen zwischen der EU und den USA durch Ausschöpfen nicht genutzter Potentiale für Wachstum im Handel, speziell durch Liberalisierung in Form von:
  - Abbau von Zöllen
  - Abbau von nicht-tarifären Handelshemmnissen
  - Liberalisierung von Marktzugang und Investitionen

#### • Erwartungen:

- Wachstum, mehr Arbeitsplätze
- Setzen weltweiter Standards
- Stärkung der geopolitischen Position



#### **TTIP Umfeld**

- Ab 2014 TTIP (&CETA) zunehmend unter öffentliche Kritik, v.a. durch die Zivilgesellschaft (Natur-, Verbraucher-, Demokratieschützer, Verfassungsjuristen, Gewerkschaften, Kulturverbände, Kirchen und Teile der Wirtschaft)
- Mai 2014 BMWi stellt einen TTIP-Beirat von 20 zivilgesellschaftlichten Organisationen zusammen - TI wurde eingeladen dabei zu sein
- Juli 2014 Europäische Bürgerinitiative wurde ins Leben gerufen aber von der EU am 11. Sept abgelehnt, weil es sich bei TTIP nicht um einen Rechtsakt handele
- 7. Okt 2014 selbst organisierte (informelle) Europäische Bürgerinitiative gestartet; mittlerweile über 380 europäische zivilgesellschaftliche Organisationen; über 1,6 Mio Unterschriften, 12 Länder über dem für eine formelle EIB geforderten Quorum

http://www.mehr-demokratie.de/stopttip-unterstuetzerkarte.html

- Dez 2014 "Transparenzinitiative" der neuen EU-Kommission
  - mittlerweile das EU-Mandat, einige Positionspapiere und
  - Verhandlungsziele als "Fact sheets" veröffentlicht
- Keine US-Dokumente veröffentlicht



#### Umfragen

#### Deutsche Wirtschaftsnachrichten vom 20.02.2015 (Umfrage Herbst 2014)

Die **EU** hat eine Umfrage veröffentlicht, der zufolge die Bürger geradezu euphorisiert sind über das Freihandelsabkommen TTIP. In allen 25 Mitgliedstaaten soll eine wahre Begeisterung über das völlig im Geheimen ausgehandelte Abkommen herrschen. Der Jubel in Brüssel wird nur von einem kleinen Detail getrübt: Die Deutschen sind mehrheitlich gegen das TTIP.

In Deutschland sind 39 Prozent für das TTIP. 41 Prozent sind dagegen, 20 Prozent haben sich nicht geäußert. In Österreich sprachen sich 51 Prozent gegen das Abkommen aus, in Luxemburg 43 Prozent. Die meisten Befürworter für das Abkommen befinden sich in Litauen (79%), Malta (75%), Rumänien (75%) und den Niederlanden (74%), wie das Eurobarometer zeigt.

#### n-tv 23.02.2015 (Umfrage Februar 2015)

Der Rückhalt in der Bevölkerung für das geplante <u>Freihandelsabkommen TTIP</u> zwischen der EU und den USA schwindet deutlich. Nachdem im Oktober noch 48 Prozent der Bundesbürger die Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP) gut fanden, sind es aktuell nur noch 39 Prozent. Das geht aus einer Emnid-Umfrage für die Verbraucher-Organisation Foodwatch hervor. Mit 800 Millionen Verbrauchern soll der größte Wirtschaftsraum der Welt entstehen.

#### **Nov 2014 - Umfrage PEW Research Center**

#### Die EU-Bürger und TTIP

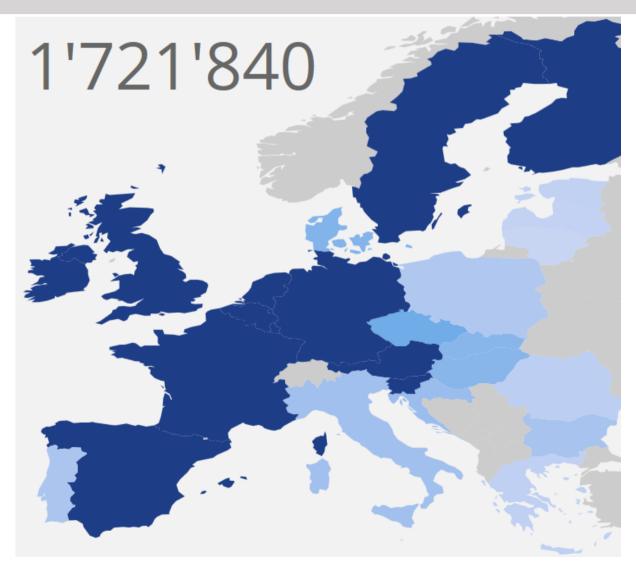
Alle Angaben in Prozent Befürwortung des Freihandelsabkommen mit den Vereinigten Staaten innerhalb der EU Alle Angaben in Prozent

70%+ Finland 60-69 62 50-59 <50 Sweden Denmark Lat. 66 Netherlands Lith. Belgium Poland 65 Germany 39 Czech R. 62 Slvk. 62 LUX. Austria Hungary Romania France Slovenia 57 Croatia Portugal Spain 63 Mediterranean Sea Malta 75 Deutschland e.V.

Die Koalition gegen Korruption.

Anmerkung: In Zypern, auf der Karte nicht zu sehen, befürworten 59 Prozent TTIP Quelle: PEW Research Center, November 2014

#### TTIP - selbstorganisierte EIB - Stand 27. April 2015



12 Länder haben das EIB-Quorum erreicht (dunkelblau)

D: 1.008.232 1.400% 65.212 483% UK: 226.512 413% FIN: 33.887 316% NL: 55.578 285% 107.872 194% B: 26.106 165% SIv: 9.336 153% 56.912 140% 6.336 140% Lux: 10.203 123% Ire: S: 16.186 107%

#### Legende:

je dunkler das Blau desto stärker der Bürgerprotest



#### Projektgruppe "Freihandelsabkommen" bei Tl

- Seit April 2014 hat sich eine Gruppe von Wirtschafts-, Sozial- und Justizfachleuten mit TTIP (und CETA) beschäftigt
- Auch Unterstützung von Prof. Dr. Edda Müller als Mitglied des TTIP-Beirates
- Konzentration auf TTIP aber da keine oder nur wenig und teilweise nur durchgesickerte Information vorlag, unter Zugrundelegung des im September 2014 in Englisch veröffentlichten CETA-Textes
- Jan 2015 Diskussionspapier erarbeitet und TI-Mitgliedern zur Kommentierung vorgelegt
- 183 Kommentare aus 30 Stellungnahmen ausgewertet
- ➤ TI-Beitrag zur öffentlichen Diskussionspapier erarbeitet mit kritischer Kommentierung zu mehreren Aspekten des TTIP aus Sicht von Korruptionsprävention (demnächst auf TI-Webseite)



### Hauptkritikpunkte aus demokratischer Sicht 1. Intransparenz des Verhandlungsprozesses undemokratisch

- **geheime** Verhandlungen Um nicht die Verhandlungsposition zu schwächen? Angemessen, wenn beide Seiten mit dem Abkommen auf Dauer zufrieden sein wollen?
- erst unter starkem öffentlichem Druck etwas mehr Information und öffentliche Konsultationen zu Teilaspekten bekannt gegeben
- nur wenige nationale und EU-Parlamentarier haben Zugang zu Informationen und nur unter strikten Bedingungen und unter Verschwiegenheitsverpflichtung Mein gewählter parlamentarischer Vertreter darf mit mir nicht sprechen?
- US-Verhandlungsmandat, US Verhandlungspositionen nicht zugänglich
- Plan: zuerst zu Ende verhandeln, dann den Parlamenten zur Entscheidung vorlegen (CETA wurde nach 5 J. Verhandlungen am Tag der Paraphierung erstmalig veröffentlicht)
- → ein völkerrechtliches Abkommen mit weitreichenden Auswirkungen auf viele Lebensbereiche aller Bürger wird ohne öffentliche, parlamentarische Debatte zu Ende verhandelt
- → kein parlamentarischer Einfluss möglich (nur ein JA oder NEIN 🆚
- → kein demokratisch kontrollierter Interessenausgleich möglich

## Hauptkritikpunkte aus demokratischer Sicht 2. Regulatorische Kooperation ohne demokratische Kontrolle

- CETA/TTIP "lebende Abkommen", d.h. laufende Konsultationen über weiteren Abbau von Handelshemmnissen und Vermeidung neuer (Ziel: Liberalisierung/Abbau von Handelshemmnissen)
- Vorbereitungen für die Angleichung bzw. gegenseitige Anerkennung von Vereinba-rungen in einer neuen Einrichtung: CETA: Joint Committee (JC), TTIP Regulatory Cooperation Body (RCB)
- Diese sollen
  - mit hochrangigen Vertretern der EU- und US-Regulierungsbehörden- und Handelsrepräsentanten (TTIP: EU DG Handel und US OIRA) besetzt sein
  - jährlich über Regulierungsprogramm & Implementierungsaktivitäten berichten
  - die Einhaltung der Abkommen überwachen
  - CETA: JC fasst Beschlüsse, die für beide Vertragsparteien bindend sind; TTIP: ??
  - CETA: auf Anforderung eines Unternehmens, muss JC einen (vertraulichen) Dialog eröffnen mit dem Ziel eine "effektive Lösung" herbei zu führen, bevor nationale oder EU-Stellen konsultiert werden; TTIP: ??
  - CETA: Folgenabschätzungen nur in Bezug auf Auswirkungen auf Handel; TTIP ??



## Hauptkritikpunkte aus demokratischer Sicht 2. Regulatorische Kooperation ohne demokratische Kontrolle (Forts.)

- → Ausarbeitung zukünftiger Regulierung auf supranationaler Ebene
- → CETA: Transparenz nur zwischen den Vertragspartnern, nicht gegenüber der Öffentlichkeit angestrebt; TTIP ??
- → CETA: Einbeziehung "am Handel interessierter Parteien" im Ermessen des JC; TTIP ??
- → CETA: JC fasst ohne parlamentarische Einbindung **Beschlüsse**, die für beide Vertragsparteien (völkerrechtlich) **bindend** sind;
- → CETA & TTIP: EU-Kommission würde die Beschlüsse (JC)/(TTIP?) als Regulierungsvorschläge den EU- und nationalen Parlamenten zur Verabschiedung vorlegen (keine Änderungen möglich)
- → Politiker versichern, dass JC/RCB "keine Gesetze erlassen dürfen" und "die Legislative nicht umgangen wird". Aber wird die Legislative nicht zu einem "Abnickverein" degradiert?



### Hauptkritikpunkte aus demokratischer Sicht 3. Investorenschutz und Investor-Staat-Schiedsgerichte (ISDS)

- Ziel: Liberalisierung des Marktzugangs ausländischer Investoren und Stärkung des Investitionsschutzes
- Unternehmen können den Gaststaat vor einem privaten Schiedsgericht verklagen, wenn sie sich unfair behandelt fühlen (z.B. wenn der Gaststaat Gesetze erlässt, die zu geringeren Gewinnen führen)
- Rechtstaatliche Schwächen / Risiken:
  - private Gerichtsbarkeit ohne demokratische Legitimation
  - Unbestimmte Rechtsbegriffe wie "legitime Erwartungen" (von Gewinnen), "gerechte und billige Behandlung" stellen die häufigsten Klagegründe vor Schiedsgerichten dar
  - Auch wenn TTIP nicht k\u00e4me, k\u00f6nnen kanadische Tochterfirmen von US-Unternehmen durch CETA europ\u00e4ische Regierungen verklagen
  - Gefahr des Verlustes staatlicher Regulierungshoheit
  - Bevorzugung ausländischer Investoren gegenüber inländischen (parallele Inanspruchnahme sowohl ordentlicher Gerichtsbarkeit als auch der Schiedsgerichte)
  - Schiedssprüche sind an keine vorherige Rechtsprechung gebunden
  - keine Berufungsinstanz
  - Interessenkonflikte privater Schiedsrichter mit eigenem Interesse an Klagen
  - Schiedssprüche mit extrem hohen Schadenersatzzahlungen nehmen zu
  - Steuerzahler des Gastlandes werden einem unkalkulierbaren Risiko ausge et



# Hauptkritikpunkte aus demokratischer Sicht 3. Investorenschutz und Investor-Staat-Schiedsgerichte (ISDS) (Forts.)

- öffentliche Konsultation im 2. HJ 2014 durch die EU-Kommission brachte massive Kritik am ISDS-Regime hervor
- Handelskommissarin Cecilia Malmström verordnete darauf hin ein Verhandlungsmoratorium über ISDS
- Verbesserungsvorschläge für Mai angekündigt



#### Wie geht es weiter?

- Europäisches Parlament hat auf eigene Initiative einen Prozess angestoßen, um in einer Resolution Empfehlungen für die TTIP-Verhandlungen an die EU-Kommission zuzuleiten
- Resolutionsentwurf ist öffentlich zugänglich; enthält viele der öffentlich vorgebrachten Kritikpunkte
- Wurde bereits zwei Mal öffentlich debattiert, ein drittes Mal folgt noch
- EU-Kommission wird neues Konzept für Austragung von Investitionsschutzstreitigkeiten vorlegen (öffentliches Handelsgericht ?)
- EU-Kommission und Angela Merkel haben öffentlich bekundet, TTIP Grundzüge bis Ende 2015 festgelegt haben zu wollen; Verhandlungsintensität erhöht
- Wie wird der öffentliche Bürgerprotest berücksichtigt?
- Wird CETA noch einmal aufgeschnürt, um die Schwächen, die in der TTIP-Debatte offenkundig wurden, dort zu beseitigen?